

Afghanische Abzugs-Perspektiven

Sozialdemokraten und Grüne in Deutschland überdenken das Isaf-Engagement

Von Ulrich Schmid, Berlin

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente über den westlichen Einsatz in Afghanistan durch das Internetportal Wikileaks hat die Debatte über die deutsche Beteiligung an der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe (Isaf) neu entfacht. Wie nicht anders zu erwarten, ist vor allem die Opposition der Ansicht, die Enthüllungen zwingen zu einer Neubeurteilung des Kriegs am Hindukusch.

Am meisten zu reden gegeben haben die Dokumente über «gezielte Tötungen», mit denen die Amerikaner führende Kämpfer der Taliban zu eliminieren suchen. In einem bewaffneten Konflikt sind solche Tötungen laut Völkerrecht erlaubt. Ob diese Einschätzung auch im Falle Afghanistans zutrifft, ist umstritten, da es hier im Wesentlichen um eine Auseinandersetzung zwischen Regierungstruppen und Aufständischen geht - um das also, was man einst Bürgerkrieg nannte und heute gemeinhin als «nichtinternationalen bewaffneten Konflikt» bezeichnet. Da selbst das IKRK solche Tötungen unter bestimmten Bedingungen für zulässig hält, wird sich in Deutschland der Proteststurm in Grenzen halten. Sogar Jürgen Trittin, der Fraktionschef der Grünen, hat eingeräumt, dass die Existenz der amerikanischen Task-Force 373 (TF 373), die derartige Operationen ausführt, nie ein Geheimnis gewesen sei.

Dennoch sieht die Opposition Klärungsbedarf. Sie möchte wissen, ob es angeht, dass die Bundeswehr der TF 373 auf ihrem Stützpunkt in Mazar-e Sharif Gastrecht gewährt, und sie will eruieren, ob und gegebenenfalls wieweit die Bundesrepublik an der Erstellung von Todeslisten mitwirkt. Rolf Mützenich, der aussenpolitische Sprecher der SPD, möchte abklären, ob «wirklich alle» Aktionen der Amerikaner vom Völkerrecht gedeckt seien. Der grüne Militärfachmann Nouripour ist überzeugt, dass die Regierung das Parlament – welches den Afghanistan-Einsatz zu billigen hat - nicht umfassend informiert.

Viel deutet darauf hin, dass Sozialdemokraten und Grüne die Akten von Wikileaks zum Anlass nehmen werden, noch weiter von der Regierungspolitik abzurücken. Bisher haben sie das Engagement der Bundeswehr mitgetragen. Doch die Solidarität schwindet, vor allem bei den Grünen. Bei der letzten Mandatsverlängerung im Februar rebellierte die Grünen-Fraktion bereits mehrheitlich, und heute ist die Versuchung, den Kurs zu ändern, besonders gross – ganz einfach, weil man nun in der Opposition ist. Die Bevölkerung lehnt den Bundeswehreinsatz überwiegend ab. «Afghanistan» könnte zu einem zentralen und sehr einträglichen Thema des nächsten Bundestagswahlkampfes werden.

Leicht wird die politische Rückzugsbewegung den Oppositionsparteien indessen nicht fallen. Ihr grösstes Problem ist, dass sie selber es waren, die in der Regierungszeit Schröders das Bundeswehr-Mandat in die Wege leiteten. SPD und Grüne müssten sich also von ihrem eigenen Projekt absetzen. Das birgt Risiken, und es macht anfällig für Kritik. Zudem setzte man sich dem voraussehbaren Hohn der

Linkspartei aus, die in einem solchen Fall triumphierend darauf hinwies, dass sie «es» immer schon gewusst habe.

Selbst bei der CDU scheint man die Gewichte mit aller gebotenen Vorsicht neu zu tarieren. Obwohl Wehrexperthen vor der Nennung konkreter Abzugstermine warnen, wird auch in den Unionsparteien immer öfter über Exit- Strategien gesprochen. Am Donnerstag tat dies der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnßen. Er sagte, die Geheimdokumente zeigten, wie «verloren die Aktion in Afghanistan» sei. Börnßen ist ein bekannter Skeptiker. Dennoch ist sein Vorstoss bezeichnend für einen Gesinnungswandel. Ob Bundeskanzlerin Merkel heute noch von einem Mandat sprechen würde, das «über jeden vernünftigen völkerrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Zweifel erhaben» sei, ist fraglich. Und nur mit Schauern erinnern sich die Sozialdemokraten des Ausspruchs ihres einstigen Verteidigungsministers Struck, am Hindukusch würden deutsche Interessen verteidigt. Trotz alledem bleibt es in der Afghanistan- Frage vorläufig beim alten deutschen Widerspruch. Auf der einen Seite fordern Politiker und Medien die Verantwortlichen permanent auf, doch endlich einzugestehen, dass in Afghanistan Krieg herrsche. Andererseits scheint kaum jemand bereit zu sein, sich vor Augen zu halten, dass Krieg seinem Wesen nach nicht planbar und nicht regelbar, sondern schrecklich und grausam und schmutzig ist und dass er Menschenleben kostet. Vor allem in der Opposition scheint die Ansicht verbreitet, Krieg lasse sich so proper administrieren wie ein neues Steuergesetz und durch die richtigen Bestimmungen könne sichergestellt werden, dass deutsche Soldaten einen moralisch einwandfreien Einsatz leisteten. Das ist ein Irrtum: Im Krieg machen sich alle die Finger schmutzig, immer.